

nimmt die Panoramaschule teil. 2013 wurde die Energiekarawane für private Haushalte durchgeführt und 2018 die Energiekarawane „Gewerbe“ im Gemeindeverwaltungsverband.

Zeitplan

In dem 2016/2017 erstellten Klimaschutzkonzept werden unterschiedliche Maßnahmen in verschiedenen Bereichen dargestellt. Zur Übersicht wurde ein Zeitplan tabellarisch erstellt: bis 2019, von 2020 bis 2025 und nach 2025. Die Neckargemünder Klimaschutzmanagerinnen Susanne Lang und Nicola Lender boten einen umfangreichen Einblick in die vorgesehenen Aktivitäten, dreistufig gegliedert nach der Priorität. Susanne Lang sprach dazu über das Klimaschutz-Förderprogramm, die Stromspar-Kampagne, die Ausbauinitiative PV-Anlagen/Solarthermie, Mobilität.

„1250 Taten für den Klimaschutz“

Zum Ausbau der Radinfrastruktur sollen RadServicestationen eingerichtet werden, wo kleinere Reparaturen durchgeführt werden können. Ein wichtiger Baustein in der Verkehrswende ist der Umstieg vom motorisierten Individualverkehr zum öffentlichen Nahverkehr und zu alternativen Mobilitätsformen, wie dem CarSharing. Die Kommunale Öffentlichkeitsarbeit wird kontinuierlich durchgeführt, um die Aktivitäten zu dokumentieren. Für das Jubiläum 1250 Jahre Wiesenbach soll ein Projekt zu den Klimaschutzaktivitäten der Gemeinde geplant werden unter dem Motto: „1250 Taten für den Klimaschutz“. In der Wintersaison 2018/19 soll in Wiesenbach erstmals die Erstellung von Thermografie-Aufnahmen finanziell unterstützt werden. Dies gilt auch für private Initiativen. Zur „Internen Organisation“ in den kommunalen Einrichtungen gehören Recycling und Abfallvermeidung, der Einsatz geringintensiver Hilfsmittel zur Verbrauchsreduktion, die Sensibilisierung der Mitarbeiter sowie eine Hausmeisterschulung. Die Kosten für die anvisierten Maßnahmen belaufen sich laut Bürgermeister Grabenbauer auf 41 500 Euro, darunter der Austausch der alten Holz-

fenster in der Hauptstraße 22 mit einem Kostenaufwand von 30 000 Euro und die Umstellung des Rathauses auf LED-Beleuchtung.

Forderung nach Förderung

Ulrich Buck (SPD) wünschte sich eine Förderung von Fotovoltaik, denn viele Dächer in Wiesenbach seien dafür geeignet. Ob die „gezielte Ansprache“ von Hausbesitzern möglich sei, blieb offen. Der Bürgermeister sprach von Datenschutzgründen. Wolfgang Arnold (Grüne) wollte wissen, ob man „neutrale“ Informationen über neue Heizungsarten erhalten könne. Dazu wurde erklärt, dass durch die KliBa niemand namentlich empfohlen werde.

Der Gemeinderat stimmte einmütig der Umsetzung der Maßnahmen für 2019 zu und beauftragte die Verwaltung, 41.500 Euro in den Haushaltsplan 2019 einzustellen. Er beschloss die „Richtlinie zum Klimaschutz-Förderprogramm des Gemeindeverwaltungsverbands 2019“ und stellte die notwendigen Haushaltsmittel zur Verfügung.

Planung eines Gebäudes für Schule und Kindergarten

In der Einwohnerversammlung am 24. Oktober wurden die bisherigen Planungen für den Neubau eines Gebäudes für Kindergarten und Schule vorgestellt, begründet und intensiv erörtert. Inzwischen hat in der Klausurtagung des Gemeinderats die Architektin Cecilia Orlandi die Detailplanung dazu präsentiert. Bürgermeister Eric Grabenbauer informierte in der Gemeinderatssitzung darüber und gab an, dass in diese Planung die Ergebnisse der bisherigen Sitzungen des Rats und des technischen Ausschusses eingeflossen sind. Er vermittelte einen Überblick über die beachtliche Anzahl von „Eckpunkten“, die in der Klausur für die weitere Planung besprochen wurden.

Kostenermittlung

Cecilia Orlandi wurde beauftragt, die Kostendifferenz zwischen der Ausstattung der Fenster mit Jalousien und Rollläden zu ermitteln. Zu Gunsten der Rollläden sprach die deutliche Ersparnis gegenüber den Jalousien in Höhe von 20.230 Euro.

Weiter sollte die Kostenersparnis bei einem einheitlichen Pultbeziehungsweise Satteldach berechnet werden, um im Gremium entsprechende Entscheidungen zu treffen. Vorteil Pultdach: 8330 Euro günstiger.

Die Architektin und der Bürgermeister präzisierten und ergänzten die in der Einwohnerversammlung dargestellten Aspekte. Der Gehweg soll auf der Gebäudeseite mit einer Bordstein-Abgrenzung zur Fahrbahn angelegt werden. Der Parkplatz an der Panoramastraße soll beibehalten und eventuell um einen Stellplatz erweitert werden. Eine Erweiterung des Fahrradabstellplatzes ist nicht notwendig. Die Zaunanlage zwischen Parkplatz und Schulhof schlägt mit Mehrkosten von 12 000 Euro zu Buche. Das Versetzen des Müll-eimerabstellplatzes beziehungsweise das Ersetzen durch eine Fertiggarage ist mit einem Kostenplus von 17.000 Euro veranschlagt.

Es war der Auftrag für das Ingenieurbüro Orlandi, Gaiberg, Einsparpotenziale bei einer schmaleren Zufahrt zum Lehrerparkplatz (vier Meter breit, 14.280 Euro weniger) und dem Verzicht auf Stellplätze (je 4.165 Euro weniger) zu ermitteln. Die Funktionen der jetzigen Sportanlage sollen auch in Zukunft erhalten bleiben. Einsparmöglichkeiten in der Freianlage sollten geprüft werden.

Wenig Spielraum

Bei der Vorstellung der Ergebnisse und möglicher Einsparpotenziale in Verbindung mit einer detaillierten Darstellung der Maßnahmen gab es im Bereich der Entwicklung der Kosten für die Architektin insgesamt wenig Spielraum nach unten. Aufgrund der eingebrachten Wünsche und Überlegungen aus den Vorberatungen haben sich die geschätzten Kosten von 4,2 Millionen Euro auf aktuell 5,2 Millionen Euro erhöht.

Die finanzielle Größenordnung des Projekts und die Abwägung von Erfordernissen führten zu einer äußerst engagierten Aussprache in der Ratsversammlung. Markus Bühler (Grüne) sichtlich unzufrieden: „Ein großer Wurf ist nicht gelungen.“ Zu seiner Frage, wie man umplanen könnte, um eine Million Euro zu

sparen, entgegnete der Rathauschef: „Es ist kaum viel einzusparen; eventuell ist sogar eine Erhöhung denkbar.“ Man habe noch keine Ausschreibungsergebnisse. Er stellte die grundsätzliche Frage in den Raum: „Ist das Projekt tragbar für die Gemeinde?“ Sabine Gora (SPD) sagte angesichts der gegebenen Situation und erwarteter Entwicklungen im Kindergarten- und Schulbereich: „Wir sollten weitermachen mit der Planung.“

Große Bedenken

Gernot Echner (FWV) äußerte sich besorgt und skeptisch: „Was nutzt die Planerei, wenn die Maßnahmen eventuell nicht finanzierbar sind?“ Er vermisste einen „Plan B“ und fürchtete, dass die Gemeinde in Zukunft keine Handlungsmöglichkeiten mehr habe. Die Gemeinderäte taten sich schwer bei ihren Abwägungen. Jürgen Berger (SPD): Die 5,2 Millionen Euro liegen uns schwer im Magen.“ Er warnte zugleich vor bedenklichen Einsparungen zu Lasten der Sicherheit, wobei er auf die mögliche Einengung der Zufahrt anspielte. „Die Rettungswege sollten gut dimensioniert werden“, so eine Mahnung.

Entscheidung auf nächstes Jahr vertagt

Lange wurde über die „richtige“ Zahl der Parkplätze diskutiert. Dazu Markus Bühler: „Müssen wir das Parken attraktiv machen?“ Wolfgang Arnold (Grüne) fasste nach der mit großem Ernst geführten Aussprache richtungweisend zusammen: „Wir investieren in den richtigen Bereich.“ Bürgermeister Grabenbauer, voller Hoffnung und Zuversicht, ließ seinen Empfindungen freien Lauf: „Dieser Bau wäre das Optimale.“ Trotz bestehender Vorbehalte und Bedenken legte der Gemeinderat schließlich bei einer Gegenstimme die Kriterien für die weiteren Planungen und die Kostenberechnung nach DIN 276 fest. Es wird davon ausgegangen, dass endgültige Entscheidungen erst vom neuen Gemeinderat getroffen werden, der im nächsten Jahr gewählt wird.

Antrag auf Umnutzung im Antoniushof